

**Antrag an die Kreistagssitzung des Kreistages Kaiserslautern
für die Sitzung am Montag, 27.08.2018**

Antragsteller: Fraktion DIE LINKE.

**Resolution zum Tagesordnungspunkt 9
-Information über die geplante Änderung des Landesfinanzausgleichgesetzes (LFAG)**

Für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Mit Befremden, Enttäuschung und Unverständnis reagiert der Kreistag Kaiserslautern auf den Gesetzesvorschlag der Landesregierung zum Landesfinanzausgleich (LFAG). Trotz Einwände aller kommunalen Spitzenverbände im Land, hat auch der Innenausschuss des Landtages den Gesetzentwurf ohne Änderungen beschlossen.

Der Kreistag appelliert an alle Landtagsabgeordnete und die Landesregierung mit Nachdruck ihre Position bei den abschließenden parlamentarischen Beratungen zum (LFAG) zu überdenken.

Der Kreistag unterstützt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände in Land, die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit mindestens 300 Millionen Euro / Jahr finanziell zu entlasten bzw. finanziell besser auszustatten. Städte, Gemeinden und Kreise müssen endlich in die Lage versetzt werden, die ihnen teilweise vom Land unter Missachtung des Konnexitätsprinzips - wer bestellt, bezahlt – zugewiesenen Aufgaben auch angemessen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können.

Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass die finanzielle Situation der einzelnen Kommunen mitnichten hausgemacht ist. Unter den bundesweit am höchsten verschuldeten Kommunen befinden sich in der „TOP 10“ 7 Kommunen aus Rheinland-Pfalz, darunter auch der Landkreis Kaiserslautern.

Auch der Präsident des Rechnungshofes von Rheinland-Pfalz stellt zutreffend fest, dass die von Verschuldung betroffenen Kommunen auch zukünftig den für einen Schuldenabbau erforderlichen Kapitaldienst kaum erwirtschaften können.

Auch der Kaiserlauter Finanzprofessor Dr. Junkernheinrich stellt fest, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen nicht nur einen außergewöhnlich hohen Schuldenstand, sondern auch eine sehr geringe Investitionstätigkeit aufweisen. Gemessen am Durchschnitt aller westdeutschen Kommunen fielen die Investitionen im Jahr 2016 um rund 300 Millionen niedriger aus.

Der Kreistag sieht mit Sorge, dass die Leidtragenden einer solchen finanziellen Situation die Bürgerinnen und Bürger sind. Fehlende Investitionen und zu geringe finanzielle Ressourcen für freiwillige Leistungen führen dazu, dass insbesondere die ländlichen Regionen im bundesweiten Vergleich abgehängt werden. Rheinland-Pfälzische Kommunen dürfen nicht weiter von der Aufwärtsentwicklung in anderen Bundesländern abgehängt werden.

Daher appelliert der Kreistag des Landkreis Kaiserslautern mit Nachdruck das geplante Gesetz zum LFAG zu überarbeiten und die finanzielle Ausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern.